

## **Antrag**

**der Abg. Karl Rombach u. a. CDU**

### **Deponierung von geogen belastetem Erdaushub**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. in welchen Regionen des Landes eine geogene Belastung des Erdreichs unter Benennung des jeweiligen Schadstoffes vorliegt;
2. wie die Entsorgung und Deponierung von geogen belastetem Erdaushub geregelt ist;
3. welche Deponiekapazitäten welcher Deponieklassen zur Entsorgung von geogen belastetem Erdaushub in den besonders betroffenen Regionen bestehen;
4. in welcher Höhe Gebühren bzw. Entgelte für die Entsorgung geogen belasteten Erdmaterials von öffentlich-rechtlichen Entsorgern, privaten Entsorgern und Deponiebetreibern erhoben werden;
5. wie eine landesweit abgestimmte, fachlich fundiert abgesicherte, sowie auch pragmatische Regelung zur Entsorgung von geogen belastetem Erdaushub ausgestaltet werden kann;
6. wie die Kosten bei der Entsorgung von geogen belastetem Erdaushub auf ein angemessenes und für die Bauherren tragbares Niveau stabilisiert werden können.
7. wie die Entsorgung und Deponierung von geogen belastetem Erdreich bei der Erstellung der landesweiten Deponiekonzeption berücksichtigt wird.

07.02.2017

Rombach, Haser, Nemeth, Röhm, Schuler, Schreiner CDU

#### **Begründung**

Die Entsorgung und Deponierung von geogen belastetem Erdaushub (Arsen, Blei, Nickel, etc.) ist mit besonderen Schwierigkeiten und steigenden Kosten verbunden. Wie eine landesweite und sachdienliche Regelung herbeigeführt werden kann, soll erfragt werden.